

Prämmerations-Preise

Table with subscription rates: Ganzjährig 10 fl., Halbjährig 5 fl., Vierteljährig 2 fl. 50 kr.

Erscheint jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Wiener Zeitung

Redaction: Hauptplaz im Wirtler'schen Neugeblude, 1. Expedition: und Inserctions-Bureau Hauptplaz, 5. Goldschneider's Buchhandlung.

Nro. 26.

Dienstag den 28. Februar 1865.

XIV. Jahrgang.

Franz Deak's

Bemerkungen gegen Wenzel Luffkandl's „Das ungarisch-österreichische Staatsrecht“

Das ungarisch-österreichische Staatsrecht, a magyar közoj történelmének szemponyjából.)

(Fortsetzung.)

Nachdem Sr. Majestät am 16. März die Adresse des Landes angenommen hatte, arbeitete die Ständetafel auf Grund der von Sr. Majestät gutgeheißenen Principien, nach gewohnter Weise, zuerst in Circulars, dann in Reichsbeschlüssen, auch die einzelnen Gesetzesvorschläge aus, sie discutirte jeden einzelnen Ausdruck derselben; mehrere Abgeordnete stellten Abänderungsanträge, welche von der Majorität angenommen oder verworfen wurden.

Sr. Majestät zog die ihm vorgelegten Gesetzesentwürfe einzeln in Erwägung, und nachdem er sich, nicht mit dem ungarischen Ministerium, welches, da die Gesetze noch nicht sanctionirt waren, factisch noch nicht ins Leben getreten war, sondern mit seiner eigenen Hofkanzlei, mit seinem eigenen Vetter, dem Landespalatin, ferner mit den höchsten Würdenträgern Ungarns, wie z. B. mit dem Juber Guria, beraten hatte, ertheilte er auf die Gesetzesentwürfe, ebenso wie es auch sonst üblich war, unter Gegenzeichnung seiner ungarischen Hofkanzlei, seine huldvollen königlichen Antworten. Diese a. h. königlichen Antworten wurden auch nicht auf einmal, sondern einzeln ertheilt, ja bezüglich einzelner Gegenstände geruhte Sr. Majestät in seiner ersten Antwort selbst Bemerkungen zu machen.

Einige Tage später, nämlich am 10. April, — der Sanctionsact war von Sr. Majestät auf den 11. April festgesetzt worden, — traf Sr. Majestät, durch Nichts gezwungen, wozu ohnehin Niemand die Absicht und die Macht besaß, spontan und aus freiem Willen mit einem glänzenden Gefolge von Wien in Preßburg ein, und am folgenden Tage ertheilte Sr. Majestät den unterbreiteten und auch von ihm angenommenen Gesetzen in beifälliger Weise mit der größten Freilichkeit die Sanction.

So wurden die 1848er Gesetze geschaffen: dies war der Verlauf des Ganzen, treu und nach authentischen Quellen geschildert. Wo ist hier eine Spur des Terrorismus, welchen Herr Luffkandl erwähnt, sei es bei der Feststellung der Gesetze, sei es bei der Sanction derselben? Was Herr Luffkandl nach dem Grafen Johann Majláth anführt, daß, da der Saal und die Gallerien des Saales, worin die Magnaten tagte, von der fürchterlich aufgeregten Jugend angefüllt waren, Niemand zu sprechen wagte und auf diese Weise der Beschluß der Stände zum Reichstagsbeschluß erhoben wurde, ist geschichtlich eben nicht treu. Jener Theil des Saales, welcher von dem Sitzungssaale der zur Berathung berechtigten Magnaten, wie auch sonst immer, durch Schranken abge sondert war, und ebenso die Gallerien waren wohl von alten und jungen Männern eingenommen, was auch bei anderen Gelegenheiten vorkam; und wahr ist es, daß am 14. März, als der Adressentwurf der Ständetafel zum ersten Mal zur Berathung kam, keine Debatte über ihn stattfand und keine Reden gehalten wurden, sondern daß derselbe mit Acclamation einstimmig angenommen wurde: aber nicht deshalb, weil Niemand zu sprechen wagte, sondern deshalb, weil die Magnaten während jener zehn Tage, welche zwischen der Ueberreichung des Adressentwurfes an die Magnatenstafel verfloßen, wie wir schon oben bemerkten, unter sich wiederholt Berathungen gepflogen hatten, bei denen sie, da diese Sitzungen nicht öffentlich waren, von Niemandem gestört werden konnten. In diesen Berathungen klärten die Mitglieder der Magnatenstafel einander auf und sie kamen darin überein, den Adressentwurf ohne Debatte anzunehmen. Wenn es auch Männer gab, die bezüglich des einen oder des anderen Punktes abweichende Meinungen hegten, so waren sie doch in den Berathungen, da sie den Willen der Majorität sahen, bereit, ihre Ansichten jenen der Majorität unterzuordnen. Bewiesen wird dies durch das authentische Diarium der Magnatenstafel, welchem zufolge Sr. t. t.

Franz Deak wohnte damals als Minister dieser Berathung bei und berichtet daher als Augenzeuge. Ferner beruft er sich auf seinen damaligen Kollegen, Baron Eotvos, sowie auf die gleichfalls noch am Leben befindlichen zwei Mitglieder der ungarischen Hofkanzlei, Herrn Ladislaus Szogyenyi, damaligen Vicekanzler, und Herrn Georg Bartal, damaligen Hofkanzleireferenten.

Hohheit der präsidirende Palatin nach der Vorlesung des Adressentwurfes die Berathung mit folgenden Worten eröffnete: „Von der Thatfache, daß die Aufnahme des vor uns liegenden und soeben vorgelesenen Adressentwurfes bis heute verschoben wurde, wage ich das Resultat zu hoffen, daß die hohe Magnatenstafel den Entwurf, so wie er vorgelesen wurde, seinem ganzen Umfang nach annehmen wird.“ Dieser Ansprache Sr. Hohheit des Palatins folgte die allgemeine Zustimmung der Magnaten, und so wurde der Adressentwurf angenommen.

Dieser Fall steht in der Geschichte der gesetzgebenden Körper nicht ohne Beispiel da, am wenigsten in der Geschichte der ungarischen Legislative. Unter mehreren wichtigen Gegenständen erwähnen wir bloß einen: die im Jahre 1723 erfolgte Annahme der pragmatischen Sanction. Auch damals erfolgte das Uebereinkommen in Vorberathungen, und als der Deputirte des Komorner Comitats in öffentlicher Sitzung die Annahme der pragmatischen Sanction beantragte, wurde sie ohne weitläufige Erörterungen und Reden mit allgemeiner Acclamation angenommen. Wer wird aber jetzt behaupten wollen, daß dieser Beschluß nicht gültig ist, weil in der betreffenden Sitzung über denselben nicht debattirt wurde? Wer wird es übrigens sowohl dem Grafen Johann Majláth als auch Herrn Luffkandl glauben, daß der Palatin von Ungarn, der königliche Erzbischof, nicht vermocht oder nicht gewagt hätte, gegen den angeleglichen Terrorismus der aufgeregten Jugend genügende Kräfte zu entwickeln, während die Bevölkerung ganz ruhig und die in Preßburg anwesende bewaffnete Macht viel zahlreicher war, als jene angeblich terrorisirende, aufgeregte Jugend? Was aber die einzelnen Gesetzesvorschläge betrifft, so haben die Magnaten, wie das Diarium der Magnatenstafel beweist, über dieselben allerdings debattirt; viele Magnaten sprachen über dieselben, sie nahmen, wie oben erwähnt, Veränderungen vor und wechselten mit der Ständetafel Rantien. Auch in dieser Beziehung ist es daher unrichtig, daß Niemand zu sprechen gewagt habe.

Die Beschuldigung, welche Herr Luffkandl nach Dobzangh'scher Behauptung an der Ständetafel Individuen gesprochen haben, die nicht Deputirte waren, während die Deputirten großen Theils abwesend waren, ist unbegründet. Mitglieder der Ständetafel waren: die königliche Hofkanzlei, die Domcapitel und Jurisdictionen und die Abgeordneten der Abwesenden. Diese hatten sämmtlich das Recht zu reden. Es wäre schwer zu beweisen, wer außer diesen gesprochen hat, und wer diejenigen waren, die trotz der Mehrzahl der Deputirten Beschlüsse faßten. Die Majorität der Berechtigten und der von Sr. Majestät ernannte hochgeachtete Präsident hätten es gewiß nicht gebuddelt, daß die Nichtberechtigten gegen den Willen der Majorität welchen Beschluß immer den Ständen aufdrängen sollten, und hätten dagegen gewiß Einsprache erhoben. Nun wurde aber weder damals noch später, weder beim Reichstag noch beim Präsidenten des Gesamtreichstages, beim Palatin, noch endlich an a. h. Stelle eine derartige Einwendung eingebracht. Es ist leicht, derartige Beschuldigungen blindlings hinzuworfen! — Es steht ferner nicht, daß ein großer Theil der Deputirten anwesend war. Möglicherweise war vielleicht der eine oder andere Deputirte in der Sitzung nicht anwesend; doch werden weder in Ungarn noch bei anderen gesetzgebenden Körpern Beschlüsse dadurch ungültig, daß ein oder der andere Deputirte nicht anwesend war.

Große Wichtigkeit scheint Herr Luffkandl dem Umstande beizulegen, daß die Deputirten an der Ständetafel ohne Instruktionen oder im Widerspruch mit denselben stimmten. Herr Luffkandl scheint jedoch nicht zu wissen, welche Geltung die Instruktionen nach dem ungarischen Staatsrechte hatten. Die Instruktionen bezogen sich nach dem ungarischen Staatsrechte bloß auf das Verhältnis zwischen den Deputirten und seinen Committenten, und die Beobachtung der Instruktionen derselben war nie für die Gültigkeit der Reichstagsbeschlüsse entscheidend. Wäre es zur Gültigkeit der Beschlüsse erforderlich gewesen, daß die Deputirten streng nach ihren Instruktionen stimmen sollten, so hätte der Reichstag das Recht gehabt, die Instruktionen der Deputirten abzufordern und einzusehen. Dieses Recht hat jedoch der Reichstag nie beansprucht und nie ausgeübt. Ja, wenn Jemand unter den Deputirten irgend einem anderen Deputirten den Vorwurf machte, daß er nicht nach seiner Instruktion gestimmt habe, dann mißbilligte die ganze Körperschaft diesen Vorwurf und erklärte, daß der Deputirte in dieser Beziehung bloß seinen Committenten verantwortlich sei. Wäre zur Gültigkeit der Beschlüsse die Beobachtung der Instruktionen erforderlich gewesen, so hätte man in allen Fällen, wenn sich die zwei Deputirten irgend einer Jurisdiction in entgegengesetztem Sinne ausdrückten, das Votum Desjenigen zählen müssen, welcher im Sinne seiner vor den Ständen vorgelesenen Instruktion stimmte. Dies geschah jedoch nie, sondern in allen derartigen Fällen wurden die Vota beider Deputirten gezählt, oder mit anderen Worten, beide Vota wurden, weil sie mit einander im Widerspruch standen, als elidirt betrachtet. Wäre zur Gültigkeit der Beschlüsse die Beobachtung der Instruktionen nothwendig gewesen, so wären die Beschlüsse, welche bisweilen bloß durch eine oder die andere ohne Instruktion oder nicht im Sinne der Instruktion abgegebene Stimme die Majorität erhielten, nichtig gewesen, sobald es zu Tage gekommen wäre, daß das Votum im Widerspruch mit der Instruktion gestanden sei. Dies war jedoch nie der Fall.

(Schluß folgt.)

Wien, 26. Februar. Wir schreiben heute unter dem Eindruck des 26. Februar, und müssen offen gestehen, daß die Beobachtungen, die wir unter dem Wiener Publicum machen, für das Februar-Patent und seine bisherigen Erfolge keine sehr günstigen sind. Die Stimmung ist theils gedrückt, theils apathisch. Sogar die Theilnahme am Festgottesdienst und am Festdiner war nur eine verhältnißmäßig geringe.

Um so rühriger zeigt sich die Opposition und die Anhänger des October-Diploms; besonders läßt sich dies von den Ultrakonservativen Ungarns sagen. Bekanntlich haben diese zur Vertretung ihrer Interessen und Anschauungen das Journal „Die Debatte“ gegründet. Um diesem Blatte nun eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen und

dadurch in ihrem Sinne besser wirken zu können, haben sie eine Fusion mit dem „Wiener Lloyd“ zu Stande gebracht, oder besser gesagt, diesen gegen ein hübsches rundes Stämmchen angekauft. Der „Wiener Lloyd“ endet mit Schluß dieses Monats und die „Debatte“ erscheint vom 1. März ab mit dem in kleinen Buchstaben gedruckten Zusatz „vereinigt mit dem „Wiener Lloyd“. — Sie wird täglich als Morgen- und Abendblatt ausgegeben. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß dies eine nicht zu unterschätzende Kraftanstrengung ist, welche von gewisser Seite sehr mißliebig aufgenommen werden dürfte.

Heute feiert der Techniker-Gesang-Verein seinen „Narren-Abend“. Mehrere junge Leute wollten hiezu einen Scherzbeitrag durch Verrentung einer „Narren-Zeitung“ liefern. Sie war bereits in der Sieger'schen Druckerei gesetzt. Heute ließ sich nun plötzlich die Polizei-Präfectur von dem Sage Wirtzenböck holen und verbot nach deren Durchsicht den Druck. Diese Präventiv-Censur-Maßregel wurde durch einige allzuschärfe Anspielungen in den Scherzen herbeigeführt. — Jedenfalls ein neues Schlaglicht zu unseren Preßzuständen.

Nachrichten aus Rom melden, daß General Camaromora auf römischem Gebiete gewesen, jedoch ganz incognito. König Victor Emanuel erschien unlängst ganz unversehrt im Turiner Theater und wurde von dem anwesenden Publicum stürmisch begrüßt.

Nach den letzten Berichten aus Paris bessert sich der Gesundheitszustand des Herzogs von Morny von Tag zu Tag, so daß er bald das Präsidium der Kammer wird übernehmen und dann die Adressdebatte beginnen können.

Aus und über den Reichsrath.

Seitdem wir durch die Verkehrsstörungen auf den verschiedensten Eisenbahnlinien durch mehrere Tage außer aller Verbindung mit Wien kamen, haben sich daselbst nicht unwesentliche Dinge vollzogen. Vor Allem müssen wir constatiren, daß der Conflict zwischen dem Ministerium und dem Finanzausschuß seinen Höhepunkt erreicht hat. Um unsern Lesern das Verständniß der Situation zu erleichtern, geben wir ein Resumé der jüngsten Vorgänge im Finanzausschuße.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 23. d. M. wurde folgende Note des Staatsministeriums vorgelesen:

„Das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes hat in seiner heutigen Sitzung, anknüpfend an jene Erklärungen, die der Herr Finanzminister im Namen der kaiserlichen Regierung bei Vorlage des Staatsvoranschlages für 1866 abgegeben hat, beschlossen, daß der Finanzausschuß aufgefordert werde, an das Haus darüber Bericht zu erstatten, ob und inwiefern mit Rücksicht auf die von dem Finanzminister bei Vorlage des Staatsvoranschlages Namens des Gesamtministeriums abgegebene Erklärung — zur Erzielung umfassender Ersparungen die Feststellung der Zifferansätze der Finanzgesetze für die Jahre 1865 und 1866 ausnahmsweise in einer von der bisherigen abweichenden Form im Wege der Vereinbarung mit der Regierung vorzunehmen wäre. Nach der Tragweite dieses Beschlusses, der auch eine veränderte Behandlung, als die bisher übliche und eingehaltene bezüglich des Staatsvoranschlages für 1865 zur Folge haben kann, glaubt man voraussetzen zu dürfen, daß der Finanzausschuß die Specialberathung des letztgedachten Voranschlages für so lange einstellen dürfte, bis das Abgeordnetenhaus darüber Beschluß gefaßt haben wird, ob die bisher übliche Behandlung bei Feststellung des Staatsvoranschlages beibehalten, rückfichtlich fortgesetzt werde, oder ob eine veränderte Maßzugreifen habe.“

„Sollte aber wider Vermuthen der Finanzausschuß dieser Anschauung nicht beistimmen, sondern beschließen, ungeachtet des in Mitte liegenden heutigen Beschlusses mit der Specialberathung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1865 fortzufahren, so habe ich im Namen der kaiserlichen Regierung die Erklärung abzugeben, daß die Minister und anderen Regierungsvertreter ihre Theilnahme an dieser Detailberathung so lange nicht eintreten lassen können und werden, als nicht das Abgeordnetenhaus beschloßen haben wird, welche Art der Behandlung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1865 künftig stattfinden habe.“

„Ich habe die Ehre, Euer Hochwohlgeboren zu ersuchen, von dieser Erklärung der kaiserlichen Regierung dem Finanzausschuße Mittheilung machen zu wollen.“

Wien, 23. Februar 1866. Schmerling m. p. An Sr. d. h. Herrn Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Habner Ritter v. Artha, Hochwohlgeboren.“

Eine sehr heftige, aufgeregte Debatte knüpfte sich an diese Mittheilung; die verschiedensten Vorschläge und Ansichten trenzten sich; ziemlich scharfe Urtheile wurden über diesen mittelbaren Eingriff des Ministeriums in die Thätigkeit des Finanzausschusses gefällt, namentlich wurde Graf Brinck wiederholt um seine eigene Meinung interpellirt, ohne je eine faßbare Antwort geben zu können. So richtete Prof. Herbst an denselben die dringende Frage, wie er sich die projectirte Vereinbarung eigentlich denke, und er suchte ihn um eine klare, faßbare Antwort. Graf Brinck erklärte, er sei nicht im Stande, heute eine Antwort zu geben. Hofrath Tschek verschärfte Herbst's Fragestellung und forderte den Grafen Brinck auf, sich zu erklären, wie er sich zu verhalten gedenke, wenn die vom Ministerium etwa beabsichtigten Abstriche von jenen des Ausschusses bedeutend abweichen sollten. Graf Brinck: Das wisse er jetzt noch nicht.

Gegen Schluß der Sitzung, nachdem man bereits beschloßen hatte, die Berathung über den Brinck'schen Antrag auf die nächste Tagesordnung zu setzen und die Subjetberathung einstweilen einzustellen, stellte Freiherr v. Pratobera die Anfrage, ob die Minister in diese Sitzung einzu-

laden seien. Graf Brinck meinte, die Minister seien einzuladen. Es wird abgestimmt und die ministerielle Majorität — auf der Seite der Liberalen fehlen frankheitshalber die Abgeordneten Cifelsberg, Doblhoff, Kinsky, Seno und Winterstein — spricht sich für die Einladung der Minister aus. Darauf ersucht Freiherr v. Protobevera den Abgeordneten Grafen Brinck, er möge doch die Fragen formulieren, welche den Ministern vorzulegen wären. Graf Brinck weiß darauf nichts zu erwidern, als daß die Minister zu fragen wären, welches ihre Abstrichsziffer sei. Daraufhin beschließt die nämliche Majorität, welche vorher die Einladung der Minister beschlossen hatte, es sei die morgige Sitzung ohne Anwesenheit der Minister abzuhalten und in derselben seien die Fragen zu formulieren, welche an das Ministerium gestellt werden sollen.

Soweit der Bericht über die Sitzung des Finanzausschusses. Die hiebei erwähnte Zuschrift des Staatsministers machte in Wien das größte Aufsehen, und sie wurde allgemein als ein ministerielles Mißtrauensvotum gegen den Ausschuss aufgefaßt.

Am selben Tage, wo dies im Ausschusse vorging, ereignete sich im Abgeordnetenhaus Folgendes: Gleich beim Beginn der Sitzung richtete Dr. Berger an den Obmann des Finanzausschusses, Freiherrn v. Protobevera folgende Fragen:

1. Wie weit sind die Beratungen des Finanzausschusses über den Staatsvoranschlag von 1865 gediehen?

2. Ist es richtig, daß in einer der Sitzungen des Finanzausschusses mit der hohen Regierung Vereinbarungen über das Budget für 1865 anhängig waren oder noch sind — und wenn nicht, aus welchem Grunde wurden diese Unterhandlungen abgebrochen?

3. Wie bald wird der Finanzausschuss in der Lage sein, seine Anträge in Betreff des Staatsvoranschlages für 1865 vor das Haus zu bringen?

Freiherr v. Protobevera erzählt hierauf in gemäßigter Auseinandersetzung die bekannten Vorgänge, durch welche sich der Conflict zwischen der Regierung und dem Ausschusse entwickelte. Die Regierung habe auf die Abstriche zur Befreiung des Gebirgsbudgets nur unter der Bedingung eingehen gewollt, daß der Ausschuss die Requiriments zugehe und dem Hause die Behandlung des Budgets für 1866 empfehle. Der Ausschuss wolle jedoch früher die Ziffer kennen, zu deren Abstrich die Regierung geneigt sei. Ungeachtet wiederholt an die Regierung gerichteter Aufforderungen hat dieselbe ihre Ziffer doch nicht genannt. Da man sich nun nicht einigen konnte, so fiel der Beschluß des Ausschusses dahin aus, auf gewöhnlichem Wege in den Beratungen fortzufahren. Ungeachtet des gefaßten Beschlusses ist die Regierung bei keiner der einzelnen Beratungen dem Ausschusse entgegengekommen, auch nur mit einer Andeutung jener Ziffer des Abstriches, die sie für möglich halte. Es blieb somit nichts übrig, als auf dem eigenen Wege fortzugehen, wobei von Seite der Regierungsvertreter mit unklarlicher Zähigkeit an den Nichtabstrichen festgehalten wird.

Nachdem Protobevera seinen Vortrag unter dem Beifall der Linken des Hauses beendet hatte, erhob sich der Herr Staatsminister Ritter v. Schmerling, um dem Eindrucke, den die Aufklärungen des Redners gemacht, entgegen zu treten. Der Herr Staatsminister sprach in erregter Stimmung, und als er geschlossen, wendete er sich noch an seine Collegen auf der Ministerbank, um ihnen einige Bemerkungen zu machen, die er offenbar in großer Aufre-

gung, stark contrastirend gegen seine gewohnte Ruhe, vorbrachte. Der Herr Staatsminister sagte beiläufig:

Er müßte der Anschauung entgegenstehen, als seien die Anträge der Regierung nicht greifbar oder gar nebelhaft gewesen. Die Regierung habe sich bereit erklärt, Abstriche bis zur Grenze des Möglichen vorzunehmen, insoweit der Gang der Verwaltung dadurch nicht gehemmt würde. Diese Abstriche sollten so beträchtlich sein, daß die Regierung dadurch auch ihrerseits der Erreichung der vom Ausschusse angestrebten Ziele alle mögliche Unterstützung geliehen hätte. Doch sei dies nur dann zulässig, wenn der Abstrich auf einen längeren Zeitraum vertheilt werde und die Regierung innerhalb der Grenzen der einzelnen Ministerien die Ausgaben nach ihrem Ermessen verwenden könnte. Beschränkungen der Deconomie des Staates ließen sich nur treffen, wenn die Berechnungen für längere Zeit gemacht werden und man darauf rechnen könne, nicht neuerdings noch mehr beschränkt zu werden. Die Regierung habe gewünscht, daß der Ausschuss die Tragweite dieses Vorschlages, dieser Bedingungen erörtere, aber der Finanzausschuss habe sich nicht veranlaßt gesehen, auf dieses Ansuchen einzugehen. (Ruf: Nicht wahr!) Eine Beschlussfassung hierüber habe die Regierung von dem Ausschusse nicht verlangt, denn sie sei sich dessen wohl bewusst gewesen, daß der bloß zur Verathung des Budgets pro 1865 gewählte Ausschuss nicht competent sei, über die Bewilligung des derzeit noch gar nicht vorgelegten Budgets pro 1866 ein Votum abzugeben, sondern bloß um eine Erklärung der gestellten Bedingungen sei es der Regierung zu thun gewesen; der Ausschuss habe sich geweigert, dies zu thun, wenn die Regierung die Höhe des Abstriches den sie vornehmen wolle, nicht genau angebe. Wenn der Obmann des Finanzausschusses den Wunsch ausgesprochen habe, daß eine Vereinbarung zu Stande kommen möge, so müsse er Namens der Regierung erklären, daß ihrerseits dieser Wunsch ebenso lebhaft gefühlt werde. (Bravo im Centrum.)

Dies waren die Vorgänge am 23. d. Am 24. hielt der Finanzausschuss wieder eine Sitzung, in welcher über den mehrfach erwähnten Antrag des Grafen Brinck beschlossen wurde, an das Ministerium im schriftlichen Wege die folgenden Anträge zu richten:

1. Welches sind die Zifferanfätze, mit welchen das Ministerium bei den Positionen der einzelnen Etats die in Aussicht gestellten Ersparungen durchzuführen in der Lage zu sein glaube?

2. Unter welchen Voraussetzungen das Ministerium diese Ersparungen für thunlich hält?

Außerdem aber nahm der Finanzausschuss den folgenden Antrag des Abgeordneten Dr. Herbst mit großer Majorität (nahezu einstimmig) an:

Der Finanzausschuss beschließt:

1. Er erkenne in der Note des Staatsministeriums vom 23. d. keinen Grund, weshalb in der Detailberatung des Budgets für 1865 nicht weiter vorgegangen werden sollte;

2. er fühle sich verpflichtet, zur Wahrung der Rechte der Reichsvertretung unter kurzer Angabe der Motive dies dem Staatsministerium in der an dasselbe zu richtenden Note ausdrücklich zu erklären;

3. Bei Bestimmung seiner Tagesordnung selbstständig wie bisher vorzugehen.

Nachdem diese Frage erledigt war, hatte der Ausschuss endlich noch zu bestimmen: wann er die nächste Sitzung halten und welcher Gegenstand auf die Tagesordnung gestellt

werden soll. Viele beantragten die Sitzung für den folgenden Tag zu bestimmen und die Verathung über den Staatsrath fortzusetzen. Hofsen bemerkte ironisch, wenn man die Sitzung verschiebe, so möge der Schluss des Faschings als Grund angeführt werden. Indes stimmte man der Meinung der Gemäßigten bei. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag anberaumt, um dem Ministerium Zeit zu lassen, die Zuschrift des Ausschusses zu beantworten. Als Tagesordnung wurde festgesetzt: Die Antworten des Ministeriums oder — falls diese nicht eintreffen sollten, die weitere Verathung über den Staatsrath.

So stehen heute die Dinge. Auf das weitere Verfahren der Regierung ist man natürlich im höchsten Grade gespannt. In der Stadt — schreibt die „Vorst. Ztg.“ — spukten Gerüchte von Auflösung des Abgeordnetenhauses, von Ministerkrisen, Mandatsniederlegungen etc. Wenn wir auch vorläufig auf diese Gerüchte keinen besonderen Werth legen, so müssen wir doch gestehen, daß die Lage sehr ernst geworden und eine Krise zu befürchten ist.

Das Ministerium hat — wie es heißt — aus dem Grunde die Arbeiten des Finanzausschusses unterbrechen wollen, um nicht die Verathung des Militär-Budgets an die Reihe kommen zu lassen. Giskra, als Obmann, beantragt nämlich Abstriche von 11,600,000 fl. im Ordinarium des Militär-Budgets, von 6,200,000 fl. im Extra-Ordinarium und schlägt die eigenen Einkünfte des Militär-Etats um 1,400,000 fl. höher an. In Summa bedeutet dies Streichungen von mehr als 19 Millionen im Militär-Budget.

Ueber das Schreiben des Staatsministers können wir nur die Urtheile der Mitglieder des Ausschusses citiren. Fast alle nannten es unpassend und behaupteten, der Staatsminister hätte nach der Geschäftsordnung kein Recht, auf diese Weise aufzutreten. Jedenfalls beweist das Schreiben, daß das Ministerium sich in einer außergewöhnlichen Erregung befindet.

Welchen Ausgang die unerwartete Episode nehmen wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Den Anträgen des Ausschusses hat das Ministerium wiederholt die Antwort versagt. Es liegt kein Grund vor, diesmal ein anderes Resultat zu erwarten. Wir hätten gewünscht, daß nach dem Antrage Grocholskis der Streit an das Abgeordnetenhaus verwiesen worden wäre. Jedenfalls würde dann die Sache zu Ende gekommen sein. Wenn vom Ministerium keine Antworten einlaufen, so wird wahrscheinlich der Finanzausschuss sich schließlich zum Antrage Grocholskis bekehren. Doch wir wollen keine Prophezeiungen anstellen — denn wie gesagt, die Luft schwirrt von Gerüchten und der Himmel ist bedeckt mit drohenden Wolken.

(Sitzung des Herrenhauses.) Graf Leo Thun und Genossen richteten eine Interpellation an den Herrn Leiter des Handelsministeriums, betreffend den Bau der Lemburg-Grenowitzer Eisenbahn. Freiherr v. Katsberg erklärt diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten zu wollen.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Finanzcommission, betreffend den 10procent. Steuernachlaß bei der Erzeugung der gebrannten geistigen Flüssigkeiten.

Die Finanzcommission lehnt sowohl die Regierungsvorlage, als die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ab, welches bekanntlich einen 10procentigen Nachlaß bei dem Exporte der gebrannten geistigen Flüssigkeiten bewilligt wissen will.

In der Generaldebatte spricht Graf Larisch gegen die von der Finanzcommission beantragte motivirte Tagesordnung

Feuilleton.

Wiener Briefe.

Je mehr sich der Carnevalsstrom seiner Mündung in's Fastenmeer nähert, desto gewaltiger schwillt er an, desto mächtiger braust er in seinen Ufern, und die letzten Faschingstage, zu welchen eine Legion Vergnügungszügliger aus den Provinzen als Verstärkung eintreffen wird, dürften so ziemlich, wenigstens quantitativ, Alles übertreffen, was die Wiener Faschinge bislang in Nartheit und Tanzwuth geboten. Jene gewisse Nivellirung, welche eben nur durch die Wiener Gemüthlichkeit möglich wird, jenes Verquicken der verschiedenartigen Unterhaltungselemente, das eben nur unserer Stadt eigen, macht es dem Einzelnen und ganzen Ständen viel leichter, sich zu unterhalten, da Niemand das Vordringen bis an die äußersten Grenzen übel nimmt. Wenn ein lustiger Künstlerverein („Grüne Insel“), der, in einem Wirthshaus tagend, allerlei Allotrien treibt, am 10jährigen Jubiläumsabend an einen deutschen Herzog (Herzog Ernst von Coburg-Gotha), der des Vereines Mitglied, einen brüderlichen Gruß telegrafirt, und die Rückantwort: „Gruß an alle Brüder!“ bekommt, so beweist dieses, daß die Wiener Herzlichkeit ansteckend wirkt, wie die Wiener Lustigkeit, die auf dem „Hespernsballe“ einen gewiegten Diplomaten und Vertreter einer Großmacht hinriß, eigenförmig die Mazurka vorzutanzten, daß die Orden führten. Da die Tänzerinnen dieser Mazurka nur Künstlerinnen waren, so würde vielleicht selbst das vorgeschrittene Paris Tags darauf die Feuilletonnase gerümpft haben. Daß man es in Wien nicht gethan, sondern es als etwas Selbstverständliches hingenommen, beweist eben, daß wir manchmal weit mehr Talent zur Großstadt haben, als vielleicht selbst le centre du monde an der Seine.

Ich weiß nicht, warum mir gerade in diesem Augenblick die „Cameliendame“ einfällt, wahrscheinlich nur deshalb, weil sie vor einigen Tagen im Carltheater in deutscher Bearbeitung in Scene ging. Die arme Dame mit den Camellen! Ich erinnere mich recht lebhaft, von welcher sittlicher Entrüstung gewisse scheinheilige Gemüther erfüllt wurden, als dieses fest aus dem Leben gegriffene Drama des jüngeren Dumas zuerst auf ein Paar deutschen Bühnen gegeben wurde. Wir gestehen ehrlich, daß wir wenige so moralische Stücke kennen, wie die „Cameliendame“ und die „Filles de marbre“. Wir messen nämlich die Moralität nicht nach der Zahl der Rosenkränze, die Einer betet, son-

dern nach der sittlichen Widerstandsfähigkeit des Individuums gegen die sociale Verheit in Anschauung dessen, was Recht ist. Die Art und Weise, wie die arme Marguerite Gauthier trotz allen Anstrengungen dem Dämon, der sie umstrickt, nicht entgehen kann und physisch und moralisch gebrochen stirbt, die Art und Weise, wie der junge Bildhauer, der den Marmor-Dünen nachläuft, zur verlassenen Mutter heimkehrt, um bei „lieb Mütterlein“ zu sterben, ist von einer so ergreifenden, erschütternden Wirkung, daß ein junges Gemüth von der Anschauung dieses bürgerlich-tragischen Endes mit demselben Gefühle weggehen muß, wie aus den Sälen gewisser Spitalsabtheilungen, wohin manche Väter ihre heranwachsenden Söhne führen, damit sie das Kaster und seine Folgen durch Autopsie kennen lernen. Nun sind aber derlei drastische Mittel nicht unbedingt zu empfehlen, besonders nicht für junge Damen.

In einer Großstadt geht der Kinderglaube „an den Storch“ bald verloren, es gibt nichts Neugierigeres als ein junges Mädchen nach diesem Verluste, die Neugierde ist gefährlicher als die Sinnlichkeit selbst, und die dramatischen Warnungen, die in dieser gefährlichen Periode, von der Bühne herab den jungen Lebensnovizinnen ertheilt werden, wirken oft mehr als stundenlange Moralpredigten von Vater und Mutter, die mit der Sprache nicht recht heraus wollen. Ein Drama, das die Sünde nur deshalb schildert, um zu zeigen, wie durch die Sünde der Sünder zu Grunde geht, ist immer moralisch, und wenn der Untergang des oder der Gefallenen jungen Herzen auch Thränen des Mitleids entlockt, so ist dies ebenfalls gut und so wenig tadelnswerth, als die Thränen um einen armen Sünder, der auf dem Richtplatz sein Verbrechen sühnt.

Im k. k. Hofburgtheater kam vorige Woche das neue fünfacte Trauerspiel „Katharina Howard“ von Dr. Rudolf Gottschall zur Aufführung und wurde sehr kühl aufgenommen. Das Stück behandelt das Schicksal der fünften Gemalin Heinrichs VIII. in jener conventionellen Trauerspielmanier, welche schon vor 20 Jahren eine höchst zweideutige gewesen. Wie einem ungeübten Schneider, ent schlüpft dem Verfasser jeden Augenblick der Faden aus dem Ohr, und dem Zuschauer wird bange, so oft er wieder einfadelt sieht. Bloss der Monolog der Howard im dritten Acte weist Spuren von dramatischem Leben auf. Zwei Hervorragungen, hatten das Emporziehen des Vorhanges und das Erscheinen des Regisseurs zur Folge.

Dafür hat im Hofopertheater Fräulein Sophie Stehle, das „Münchener Rindl“, die Nachtigall der „Augsburger Allgemeinen“, welche am 21. d. M. sich dem hiesigen Publicum zum ersten Male in ihrer berühmtesten Rolle, als Gretchen in Gounod's „Faust“ präsentirte, die Gunst des-

selben in Sturm erobert. Fräulein Stehle verfügt über ein schönes, umfangreiches, in allen Lagen voll ausgehendes, der mannigfachen Klangtonübungen fähiges Organ. Nirgends begegnete man einem unförmig aufgebauchten oder tremolirenden Ton, überhaupt keinem jener groben Handwerksgriffe, wie sie jeder in der Coullissenwelt einigermaßen heimischen Sängerin so geläufig sind und als Surrogate oder Uebertreibungen des echten Gefühlsausdruckes sich allmählig eingebürgert haben. Selbst wo Gounod alle Mächte seines Orchesters entfesselt, überragte die Stimme der kleinen Dame noch um eine Hauptlänge die gewaltig brandende Tonfluth. In Fräulein Stehle scheint unsere Bühne endlich die Sängerin gefunden zu haben, die in dieser Hinsicht den am allerweitesten getriebenen Ansprüchen gewachsen ist und es im Voraus, des Sieges gewiß, mit den blechgepanzerten Orchester der neueren und neuesten Partituren aufzunehmen vermag.

Dawison, den wir bereits in diesen Blättern namhaft machten, hat in der Rolle des Thorane in Gutzkow's „Nikolskientenamt“ von hier Abschied genommen. Der Künstler spielte an diesem Abend mit besonderem Aufwande von Geist und charakteristischer Feinheit. Der Erfolg war denn auch in jeder Beziehung ein glänzender, was umso mehr hervorzuheben, weil die Einnahme der Familie Gutzkow's zu Gute kommt. Der Erfolg des Herrn Strampfer ließ dem Director des Josephstädter Theaters keine Ruhe und so stellte sich daselbst „der Concertpfeifer“ Piccolini aus London vor. Unter Begleitung eines Claviers piff der Gast, ein Mann von mittlerer Größe und eleganter Haltung, zuerst Schubert's „Ständchen“ und hierauf die große Braourarie „Casta Diva“ aus Norma. Hr. Piccolini wird in seiner Leistung wohl schwerlich einen Rivalen finden; er piff durchaus in Doppeltönen und Trillern und bewahrte in den unteren und mittleren Lagen sowie in der höchsten Höhe eine seltene Reinheit, man glaubte abwechselnd den Schlag einer Nachtigall, die kraftvolle Stimme der Wachtel, den Triller der aufstrebenden Lerche zu vernehmen. Bis hieher wäre alles recht schön und ist auch des „Concertpfeifers“ Leistung in den hiesigen Journalen einstimmig gelobt worden, doch wird es die Leser der „Arader Ztg.“ höchlich überraschen, wenn ich constatire, daß Herr Piccolini eine auch in Arad bekannte Persönlichkeit ist, welche als Bariton im Verein mit dem Tenor Kessler unter der Direction Szabo's engagirt war und eigentlich Horci heißt.

3. Regel.

und beantragt ein Comité von sieben Mitgliedern zu wählen, welches die bezüglichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses neuerlich in Erwägung ziehe und über die definitive Regelung der Branntweinbesteuerung Bericht erstatte. Der Antrag findet zahlreiche Unterstützung.

Graf Wickenburg, welcher in seinem Vortrag die interessante Thatsache anführt, daß mehr als 10.000 Branntweinnemereien sich gezwungen gesehen haben, ihre Arbeiten einzustellen, dann Freiherr v. Komazkan, Fürst Jablonowski und Freiherr v. Baumgarten als Obmann der Finanzcommission sprechen für den Antrag derselben, Fürst Salin und Graf Leo Thun für den Antrag des Grafen Lariich.

Finanzm. v. Plener erklärt, daß in der heutigen Session ein Gesetzesentwurf auf Abänderung des Steuersystems nicht mehr eingebracht werden könnte. Der Minister spricht sich gegen die Exportprämien aus, welche von der Wissenschaft längst verurtheilt seien. Wenn er aber auch für die heutige Session nicht einen Gesetzesentwurf zur definitiven Regelung zusagen könne, so könne man doch im Wege eines Gesetzes momentane Abhilfe treffen, welche, wie es in der Regierungsvorlage der Fall sei, natürlich in einem Steuernachlasse bestünde. Was den Antrag des Grafen Lariich betrifft, müsse er es dem Hause überlassen, denselben anzunehmen oder abzulehnen, er müsse aber auf die Resultate aufmerksam machen, welche von dieser Commission zu erwarten wären.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Grafen Lariich mit 34 von 56 Stimmen angenommen.

Es folgen hierauf Berichte der Petitionscommission. Berichterstatter ist Cardinal Kaufher. Die Petition der Geistlichkeit im lomb. venet. Königreiche um Befreiung von der Einkommensteuer und von der eingetretenen Verringerung der Aequivalente wird über Antrag der Commission der Regierung zur geeigneten Verfügung übermittleit. Eine zweite Petition ist von dem österr. Ribenzucker-Verein um Erhöhung der Exportbonifikation und Ausdehnung der Steuererhebung. Der erste Theil derselben ist durch das Gesetz über die Steuerrevision erledigt, der zweite kann nur im legislativen Wege erfüllt werden, weshalb die Commission den Antrag stellt, diese Petition der Regierung zur Verfügung zu übermittleit.

Es wird sodann die Wahl der Commission über die Branntweinsteuer vorgenommen. Es wurden gewählt: Aus der Finanzcommission: Baron Komazkan, Baron Reyer, Fürst Schwarzenberg, Fürst Colloredo; aus dem ganzen Hause: Graf Lariich, Graf Leo Thun und Fürst Salin.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Politische Uebersicht.

Die Schlußsätze politischer Nachrichten, welche durch mehrere Tage verstopft waren, sind nun wieder geöffnet und haben eine wahre Fluth von Journalen uns zugeführt, welche aber insgesammt eine sehr dürftige Ausbeute gestatten. Es ist in der auswärtigen Politik ein völliger Stillstand eingetreten und hat das, was wir von politischen Nachrichten aus dem Auslande zu registriren haben, nur ein secundäres Interesse.

Ein Telegramm aus Manheim hat gemeldet, daß gestern daselbst das „wandernde Casino“ von Volksmassen gesprengt und bis Ludwigshafen verfolgt worden sei. Die Ultramontanen im Großherzogthum Baden beschränkten sich nicht bloß auf dem Wege von Deputationen an den Großherzog und in ihren Organen gegen das neue Schulgesetz (Parität beider Confessionen) zu remonstrieren, sondern sie hatten ein Comité eingesetzt, welches im Lande herumzog und bald hier bald dort Meetings veranstaltete, auf welchen gegen das Schulgesetz gepredigt wurde. Seitdem der Großherzog das Ansehen der Ultramontanen, das Schulgesetz durch einen Nachspruch einseitig und über die Volkvertretung hinweg aufzuheben, zurückgewiesen, da er den constitutionell vorgeschriebenen Weg für Abänderung von Gesetzen nicht umgehen wolle, seitdem der Großherzog überdies sich geweigert, alltäglich ein Duzend Deputationen zu empfangen, welche immer wieder dasselbe verlangten und sich in ihren Petitionen in Anklagen gegen seine Minister ergingen, hatten die Meetings, welche das „wandernde Casino“ veranstaltete, einen herausfordernden Character angenommen. Als daselbst nun für den 23. Februar in Manheim eine Versammlung anberaumt, erschien daselbst ein Aufzug an die Bürgerchaft, welcher besagte: „Gegenüber dem auf nächsten Donnerstag den 23. d. M. für unsere Stadt angefügten „wandernden Casino“ haben die Unterzeichneten es für angemessen und wünschenswerth erachtet, daß von Seiten dieser Bürgerchaft ein öffentlicher und feierlicher Protest erhoben werde gegen die lichtschenen, verfassungswidrigen und wühlerischen Bestrebungen der Casino-partei, sowie gegen die höchst zweifelhafte Ehre, welche unserer Stadt durch den Besuch derselben angenommen ist, und haben zu diesem Zwecke eine allgemeine Versammlung am Mittwoch den 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr, im großen Concertsaale des Theatergebäudes abzuhalten beschloffen, zu welcher wir alle Bürger und staatsbürgerlichen Einwohner Mannheims ohne Unterschied der Confession einladen, in der Hoffnung, es werde jeder Mannheimer, dem verfassungsmäßiges Recht heilig und der alte gute Name der Stadt Mannheim theuer ist, sich zu erscheinen verpflichtet fühlen.“ Diese Gegenversammlung scheint nun gestern unter großem Zuspruch stattgefunden zu haben, und die Casino-Versammlung wurde gesprengt. Das ist der Hergang. Nähere Details sind abzuwarten. Daß das „wandernde Casino“ unter solchen Umständen seine Wanderungen nicht fortsetzen können, ohne die öffentliche Ordnung direct in Frage zu stellen, scheint uns zweifelhaft. Die Regierung wird wohl einzuschreiten gezwungen sein.

Die Verbreitung gedruckter revolutionärer Placate, schreibt die „Distr. Z.“, hat sich in Warschau ungeachtet der strengsten polizeilichen Vorsichtsmaßregeln am 13. d. M. in noch größerem Maße wiederholt. Selbst mehreren hohen und andern Beamten wurden solche Placate unter Couvert zugeschlacht. So erhielt der Statthalter Graf Berg deren 4, der General-Polizeimeister Trepoff 3, der Ober-Polizeimeister Frederik 3, sämtliche Polizeimeister und Revier-Commissarien je 1. Diese Placate enthalten die Anzeige, daß die Nationalregierung fortbestehe, und fordern die Bevölle-

rung auf, sich auf jeden Ruf bereit zu halten. Die Wafsendepots seien bereits vorbereitet. Ferner wird Widerstand gegen die Militär-Aushebung empfohlen und dieselbe als Termin des allgemeinen Aufstandes bezeichnet. In Folge der Verbreitung dieser Placate wurden im Laufe dieser Woche wieder zahlreiche Straßenverhaftungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen. Unter Anderm wurde am Mittwoch auch die Kronenberg'sche Tabakfabrik einer strengen Revision unterworfen. Das ganze Gebäude wurde von Militär umstellt und Niemand ein- und ausgelassen. Nach abgehaltener Revision wurden mehrere Fabrikarbeiter verhaftet. Auch auf fast sämtliche Druckereien, die der Regierung ausgenommen, wurden die Revisionen wieder ausgedehnt und mehrere Setzer und Drucker verhaftet. Doch soll die Polizei dem Ursprung der Placate noch nicht auf die Spur gekommen sein. — Von den im Innern Russlands internirten Polen sind neuerdings wieder mehrere, die schon vor 2 Jahren deportirt wurden, begnadigt worden, deren Rückkehr täglich in Warschau erwartet wird. Unter den Begnadigten werden genannt: Gutsbesitzer Rucz, Geheimrath Leszczynski, Kaufmann Rawicz, Photograph Beyer u. A. — Die Ende vorigen Monats begonnene Militär-Aushebung in Litthauen und den russischen Gouvernements ist größtentheils beendigt. Nirgends ist auch nur der geringste Widerstand seitens der Bevölkerung oder der Recruten versucht worden. Es ist daher diesmal auch nicht für nothwendig befunden worden, den ausgehobenen Recruten, wie dies sonst geschah, Fesseln anzulegen.

Der französische Senat hat nun auch seine Adress-Commission gewählt, welche, obgleich diese Körperschaft in ihrer Mehrheit clerical gefärbt ist, mit wenigen Ausnahmen aus lauter Gallianern besteht. Marquis Lavalette, de Moher, Rouland, de la Rue, Sain, Darisse, Walenski, Magne, Delangle, Bonjean sind, mit Ausnahme des einzigen Laveletti, durchgehends sehr gute Freunde Italiens.

Der neueste Pariser „Abend-Moniteur“ veröffentlicht eine gedrängte politische Uebersicht der allgemeinen Weltlage. Mit Bezug auf die Stellung Frankreichs zu Deutschland wird darin gesagt, daß Frankreich die schleswig-holstein'sche Angelegenheit leicht dazu benützen konnte, Verwicklungen herbeizuführen. Da es das Geheiß erhalten, so gehe daraus hervor, daß es auf die veralteten Traditionen verzichtet hat, von denen es sich aber nimmermehr leiten lasse. Man weiß nicht recht, was das heißen soll. In Deutschland ist man eben der Meinung, daß der Verzicht auf die „veralteten Traditionen“ kein ganz freiwilliger gewesen sei, wie das ja auch aus einer im Gelbbuch erschienenen Depesche Drouin's an Latour d'Auvergne deutlich genug hervorgeht.

Aus Turin wird gemeldet: Die Deputation, welche dem Könige die Loyalitäts-Adresse des Municipiums überreichte, hat über den Empfang berichtet, der ihr in Florenz zu Theil wurde, als sie vor Sr. Majestät den Gefühlen der gesammten Bevölkerung Ausdruck verlieh. Der König ließ die Hoffnung durchblicken, daß er vor seiner Abreise nach Mailand einige Tage in Turin verweilen werde.

Aus Civita-Vecchia trifft heute eine Nachricht ein, die viel von sich reden macht. Am 16. d. kam nämlich daselbst der Minister-Präsident Alfred Lamarmora an, der sofort auf der Eisenbahn den Weg nach Rom einschlug, ob um dort zu verweilen, oder bloß auf der Durchreise nach Neapel, wußte man nicht zu sagen. Jedenfalls ist diese Reise nach Rom sehr auffallend, denn Lamarmora konnte sich recht gut nach Neapel begeben, ohne die päpstliche Residenz zu berühren.

Nach der Rückkehr der Turiner Deputation von Florenz hat der Municipalrath von Turin folgende Tagesordnung beschloffen: „Der Municipalrath billigt das Verhalten des Syndicus und der Junta in der Vollziehung der ihnen durch Beschluß vom 6. d. anvertrauten Mission, und schließt sich den von ihnen ausgedrückten Gesinnungen und Gefühlen an, auf daß die Ankunft des Königs in Turin bald stattfinden möge.“ Es wurde ferner beschloffen, daß allen Mitgliedern des Municipalrathes der Tag der Ankunft des Königs bekannt gemacht werden soll, damit sie sich der Junta anschließen und dem König einen Beweis ihrer Liebe und Anhänglichkeit geben können.

Berichte aus Rom (über Marseille) melden: „Man versichert, der Papst habe einen Brief an den Kaiser Maximilian geschickt, worin er ihn beschwört, seine letzten Erklärungen zurückzunehmen. Die Correspondenz von Rom spricht von Versprechungen, die in Rom gemacht und in Mexico wieder vergessen worden seien.“

Der Einfluß der Königin von Spanien, sich des größeren Theiles ihres Vermögens zu Gunsten der Staatsschatz zu entäußern, hat ungemeine Begeisterung erregt. Alle Deputirten riefen: „Es lebe die Königin!“ und der Antrag des Herrn Lope Gispert, eine Adresse an die Königin gelangen zu lassen, wird einstimmig angenommen. Die Kammer ernannt eine Commission, welche während des Laufes der Sitzung die Dankadresse entwerfen soll, welche von den Deputirten in Masse der Königin überbracht werden wird.

Nach den neuesten Berichten vom nordamerikanischen Kriegeschauplatz versuchte der linke Flügel Grant's am Montag den 6. weiter vorzurücken, ward aber bald von den Confederirten angegriffen und in seine Verschanzungen am Hatchers Run zurückgeworfen, in welcher Affaire er 1500 Mann verloren haben soll. Grant's linker Flügel hat sich nun über eine Strecke von vier Meilen ausgedehnt. Man hält diese Bewegung der Potomac-Armee für berechnet, die Avance gegen Wilmington, welche General Terry am 6. mit 30.000 Mann begonnen habe, zu decken. Die „New-York-Times“ wiederholt die Angabe, daß eine große Streitmacht, hauptsächlich Cavallerie, unter Thomas einen Zug gegen Montgomery, Selma und Mobile angetreten hat. — Aus Memphis hört man, daß der Südgenerall Robbins bei Mound City in Arkansas Anstalten treffe, über den Mississippi zu setzen und in Tennessee einzufallen. — General Breckinridge ist als Kriegsminister in das südstaatliche Cabinet eingetreten. — Zwischen General Grant und den conföderirten Behörden ist es zu einem Einverständnis betreffs sofortigen und allgemeinen Austausches der Kriegsgefangenen, einschließend der Neger gekommen. — Die Legislatur von Delaware weigert sich, die constitutionelle Abschaffung der Sklaverei zu ratificiren. — Wie Präsident

Davis und seine Commissarien, so hat auch Präsident Lincoln einen Bericht über die Conferenz von Hampton Roads veröffentlicht. Beide Darstellungen stimmen darin überein, daß der Süden in der Unabhängigkeitsfrage nicht nachgeben wollte, und daß Präsident Lincoln unter keinen andern Bedingungen, als Unterwerfung des Südens und Beitrittserklärung zu dem die Sklaverei abschaffenden constitutionellen Amendement seitens des Südens, sich in Unterhandlungen einlassen wollte. — Eine Massenversammlung in Richmond hat sehr kriegerische Resolutionen gefaßt.

Neuestes.

Paris, 25. Februar. Der „Abend-Moniteur“ veröffentlicht die Vorrede zur Geschichte Julius Cäsars von Kaiser Napoleon. Die Vorrede sagt: Der Zweck des Kaisers bei dieser Geschichtsschreibung ist, zu beweisen, daß, wenn die Vorsehung Männer wie Cäsar, Carl den Großen und Napoleon schafft, dies geschehe, um den Völkern den Weg vorzuzeichnen, welchen sie verfolgen sollen, um mit dem Siegel ihres Genies eine neue Aera zu bezeichnen, und um in einigen Jahren die Arbeit mehrerer Jahrhunderte zu vollenden. Glückliche Völker, welche ihnen folgen! Unglück über jene, welche sie bekämpfen. Sie machen es wie die Juden, sie kreuzigen ihren Messias. In der That, weder die Ermordung Cäsars, noch die Gefangenschaft auf St. Helena konnten zwei Volksfächen rettungslos zerstören, welche durch einen Bund geführt wurden, welcher sich unter der Maske der Freiheit barg. Brutus hat durch die Tödtung Cäsar's Rom in die Schrecken des Bürgerkrieges versetzt; er hat das Reich des Augustus nicht verhindert, aber er hat Nero und Caligula möglich gemacht. Der von Europa beschworene Ostracismus Napoleons hat nicht die Wiedererweckung des Kaiserreichs verhindert, und gleichwohl sind wir von den gelösten großen Fragen, von den beruhigten Leidenschaften, von der, vom ersten Kaiserreiche den Völkern gegebenen legitimen Beförderung weit entfernt. So bewahrt sich denn auch alle Tage seit 1815 die Prophezeiung Napoleons I.: Wie viel Kämpfe, Blut, Jahre wird es noch bedürfen, bevor das Gute, was ich für die Menschheit thun wollte, sich verwirklichen könne.

Die Vorrede, vom Kaiser Napoleon unterzeichnet, ist aus den Tuilerien vom 20. März 1862 datirt.

General-Versammlung der ersten Arader Sparcasse am 26. Februar 1865.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präses Herrn Johann v. Burgly, welcher der städtische Magistratsrath Herr Julius v. Somogyi als l. f. Commissar anwohnte, wird der Jahresbericht des Directors Herrn Carl Andrenyi verlesen, aus welchem namentlich hervorgehoben ist, daß die Anstalt in Folge der, im Laufe des Jahres 1864 bekannten drückenden Verhältnisse wohl einen geringeren Geldverkehr erzielt habe, als im Jahre 1863, demzufolge sich auch das Erträgniß minder gestaltet habe, daß jedoch der Umstand dennoch als günstig zu betrachten sei, wenn in Berücksichtigung genommen wird, daß anlässlich der aus den bekannten Verhältnissen entstandenen Calamität die Anstalt an den eigenen und den ihr anvertrauten Capitalien keinen Verlust nachzuweisen habe, ja selbst nicht einmal eine dubiose Post in Frage gestellt blieb.

Der Antrag des Ausschusses, aus dem Reingewinne 500 fl. zu localen Wohlthätigkeits- und Humanitäts-Zwecken zu vertheilen, wurde einstimmig angenommen.

Die von der hohen Statthalterei, mit einem Formulare neuerlich zur Umarbeitung rückgelangten Vereinsstatuten wurden einem Comité mit dem Auftrage zugewiesen, die schleunige Revision derselben, mit den bereits durch die Anstalt festgestellten Statuten zu bewirken und das Elaborat einer einzuberufenden außerordentlichen General-Versammlung zu unterbreiten.

Der Beginn der Dividenden-Auszahlung wurde für den 1. März l. J. festgestellt.

Hierauf erfolgte die Wahl der Ehren-Functionäre mittelst Scrutinium, welche folgendes Resultat ergab.

Gewählt wurden:
Zum Präses:
Herr Johann v. Burgly.
Zum 1. Director:
Herr Carl Andrenyi.
Zum 2. Director:
Herr Paul Wallfisch.

Zu Censoren die Herren:

Michael Adermann.	Emrich Karay.
Ignaz Deutsch.	Ferdinand Probst.
Carl Felsete.	J. M. Ris.
Johann Herling.	Lazar Szeckansky.
Moriz Hertsgla.	Jacob Schöpfes.
Zu Ausschussmitgliedern die Herren:	
Bar. Albert v. Bänhidny.	Gustav Kofika.
Heinrich Blau.	Carl Korway.
Andreas Dulovits.	Johann Mikodem.
Peter Fruscha.	W. S. Primmer.
Alexander Häß.	Gottfried Priegl.
Stefan Heim.	Carl Probst sen.
Mar Herz.	Daniel Rodler.
Josef Hirschmann.	A. J. Steinigler.
Franz Kishalmay.	Josef Varjasy.

Tagebneuigkeiten.

*. Das „Waterland“ will wissen, daß ein Wahlgesetz für Ungarn im Wege des Oetrochis erlassen werde, wobei angeblich der Vorgang der croatischen Banalconferenz Nachahmung finden sollte. — So viel wir erfahren konnten, bemerkt der „Botshafter“ — denkt in maßgebenden Kreisen Niemand an eine Oetrochirung der Wahlordnung für Ungarn. Gewisse falsche Nachrichten werden immer mit tendenziösem Eifer aufgewärmt, ohne daß sie deshalb an Wahrheit gewinnen; es verlohnt schon fast nicht mehr der Mühe, sie zu dementiren.

*. Szerdahelhi erklärt im „Pesti Napló“, daß er den Antrag wegen Uebernahme der Leitung des Debrec-

